

**No. 35258**

---

**Austria  
and  
Germany**

**Agreement between the Republic of Austria and the Federal Repnblc of Germany on  
social secnritiy. Vienna, 4 October 1995**

**Entry into force: 1 October 1998 by the exchange of instruments of ratification, in  
accordance with article 13**

**Authentic text: German**

**Registration with the Secretariat of the United Nations: Austria, 27 October 1998**

---

**Autriche  
et  
Allemagne**

**Accord entre la République d'Autriche et la République fédérale d'Allemagne en  
matière de sécnrité sociale. Vienne, 4 octobre 1995**

**Entrée en vigueur : 1er octobre 1998 par échange des instruments de ratification,  
conformément à l'article 13**

**Texte autbentique : allemand**

**Enregistrement auprès dn Secrétariat des Nations Unies : Autriche, 27 octobre 1998**

[ GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND ]

**ABKOMMEN**

**ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER BUNDESREPUBLIK  
DEUTSCHLAND ÜBER SOZIALE SICHERHEIT**

Die Republik Österreich

und

die Bundesrepublik Deutschland

in dem Wunsch, unter Berücksichtigung des Artikels 8 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 auf dem Gebiet der Sozialen Sicherheit zwischen den beiden Staaten über die Verordnungen (EWG) Nr. 1408/71 und Nr. 574/72 hinausgehend Personen zu schützen, die nach den Rechtsvorschriften eines oder beider Staaten geschützt sind oder waren,

in der Absicht, ein neues Abkommen über Soziale Sicherheit zu schließen, das an die Stelle des Abkommens vom 22. Dezember 1966 in der Fassung des Ersten Zusatzabkommens vom 10. April 1969, des Zweiten Zusatzabkommens vom 29. März 1974 und des Dritten Zusatzabkommens vom 29. August 1980 treten soll,

sind wie folgt übereingekommen:

**Abschnitt I**

**Allgemeine Bestimmungen**

**Artikel 1**

(1) In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. „Verordnung“

die Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates über die Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, in der zwischen den beiden Vertragsstaaten jeweils geltenden Fassung;

2. „Durchführungsverordnung“

die Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 über die Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, in der zwischen den beiden Vertragsstaaten jeweils geltenden Fassung.

(2) In diesem Abkommen haben andere Ausdrücke die Bedeutung, die ihnen nach der Verordnung und der Durchführungsverordnung beziehungsweise nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften zukommt.

**Artikel 2**

- (1) Dieses Abkommen gilt für die Rechtsvorschriften, die vom sachlichen Geltungsbereich der Verordnung erfasst sind, mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung.
- (2) Sind außer den Voraussetzungen für die Anwendung des Abkommens auch die Voraussetzungen für die Anwendung eines anderen Abkommens erfüllt, so läßt der deutsche Träger bei Anwendung des Abkommens das andere Abkommen unberücksichtigt.
- (3) Absatz 2 findet keine Anwendung, soweit die Rechtsvorschriften, die sich für einen Vertragsstaat aus zwischenstaatlichen Verträgen ergeben oder zu deren Ausführung dienen, Versicherungslastregelungen enthalten.
- (4) Dieses Abkommen bezieht sich nicht auf das Erziehungsgeld nach den deutschen Rechtsvorschriften und das Karenzurlaubsgeld nach den österreichischen Rechtsvorschriften.

**Artikel 3**

- (1) Dieses Abkommen gilt für Personen, die vom persönlichen Geltungsbereich der Verordnung erfasst sind.
- (2) Dieses Abkommen gilt ferner für Personen, die nicht vom persönlichen Geltungsbereich der Verordnung erfasst sind und
- a) für die die Rechtsvorschriften eines oder beider Vertragsstaaten gelten oder galten oder
  - b) die Familienangehörige oder Hinterbliebene der unter Buchstabe a genannten Personen sind.

**Artikel 4**

- (1) Die Staatsangehörigen eines Vertragsstaats, die außerhalb des Gebiets eines Staats wohnen, für den die Verordnung gilt, stehen bei Anwendung der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats den Staatsangehörigen dieses Vertragsstaats gleich.
- (2) Absatz 1 berührt nicht die Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten betreffend die Versicherung von Personen, die bei einer amtlichen Vertretung eines der beiden Vertragsstaaten in einem anderen Staat als einem Staat, für den die Verordnung gilt, oder bei Mitgliedern einer solchen Vertretung beschäftigt sind.
- (3) Für das Recht auf freiwillige Versicherung in der deutschen Rentenversicherung gelten die Bestimmungen der Verordnung.

**Artikel 5**

- (1) Für die in Artikel 3 Absatz 2 genannten Personen finden im Verhältnis zwischen beiden Vertragsstaaten die Verordnung, die Durchführungsverordnung und die zu ihrer Durchführung getroffenen Vereinbarungen entsprechend Anwendung, soweit in diesem Abkommen nichts anderes bestimmt ist.
- (2) Die Artikel 3 und 10 der Verordnung gelten in bezug auf die in Artikel 3 Absatz 2 genannten Personen nur für die Staatsangehörigen der Vertragsstaaten, für Flüchtlinge und Staatenlose sowie für die Familienangehörigen und Hinterbliebenen dieser Personen.
- (3) Absatz 1 findet in bezug auf Familienleistungen nach Titel III Kapitel 7 der Verordnung nur auf Arbeitnehmer und Selbständige Anwendung.
- (4) Absatz 1 findet keine Anwendung auf Leistungen nach Titel III Kapitel 8 der Verordnung.

**Abschnitt II**

**Besondere Bestimmungen**

**Artikel 6**

Die Familienangehörigen eines Grenzgängers können Sachleistungen nach Artikel 20 der Verordnung auch im Gehiet des zuständigen Staats in derselben Weise wie der Grenzgänger erhalten.

**Artikel 7**

In jenen Fällen, in denen die Vertragsstaaten anstelle der nach den Artikeln 93 bis 96 der Durchführungsverordnung vorgesehenen Kostenersättigung eine Erstattung auf der Grundlage eines Pauschbetrags oder einen Verzicht auf eine Erstattung vereinbaren, können die zuständigen Behörden beider Vertragsstaaten folgendes vereinbaren:

- a) die Bezeichnung des Trägers des Wohnorts als zuständiger Träger;

- b) Maßnahmen zur Vermeidung einer außergewöhnlichen Belastung, die sich für einen Träger oder für eine Verbindungsstelle aus der Erstattung auf der Grundlage eines Pauschbetrags oder aus dem Verzicht auf eine Erstattung ergeben würde.

#### **Artikel 8**

Für die in Artikel 3 Absätze 1 und 2 genannten Personen, die außerhalb des Gebiets eines Staats wohnen, für den die Verordnung gilt, und für die in Artikel 3 Absatz 2 genannten Personen, die im Gebiet eines Staats wohnen, für den die Verordnung gilt, findet in bezug auf

- a) Kinderzuschüsse zu Alters- und Invaliditätsrenten,
  - b) Waisenrenten mit Ausnahme von Waisenrenten aus der Versicherung bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten
    - für den deutschen Träger
- Titel III Kapitel 3 der Verordnung mit der Maßgabe entsprechend Anwendung, daß die Berechnung der Waisenrenten allein nach den innerstaatlichen deutschen Rechtsvorschriften unter Berücksichtigung des Artikels 48 der Verordnung vorgenommen wird,
- für den österreichischen Träger
- Titel III Kapitel 3 der Verordnung entsprechend Anwendung.

#### **Abschnitt III**

##### **Verschiedene Bestimmungen**

#### **Artikel 9**

Die Regierungen der Vertragsstaaten oder die zuständigen Behörden können die zur Durchführung des Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen vereinbaren.

#### **Artikel 10**

(1) Die vollstreckbaren Entscheidungen der Gerichte sowie die vollstreckbaren Bescheide und Rückstandsausweise (Urkunden) der Träger oder der Behörden eines Vertragsstaats über Beiträge und sonstige Forderungen aus der sozialen Sicherheit werden im anderen Vertragsstaat anerkannt.

(2) Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn sie der öffentlichen Ordnung des Vertragsstaats widerspricht, in dem die Entscheidung oder die Urkunde anerkannt werden soll.

(3) Die nach Absatz 1 anerkannten vollstreckbaren Entscheidungen und Urkunden werden im anderen Vertragsstaat vollstreckt. Das Vollstreckungsverfahren richtet sich nach den Rechtsvorschriften, die in dem Vertragsstaat, in dessen Gebiet vollstreckt werden soll, für die Vollstreckung der in diesem Vertragsstaat erlassenen entsprechenden Entscheidungen und Urkunden gelten. Die Ausfertigung der Entscheidung oder der Urkunde muß mit der Bestätigung ihrer Vollstreckbarkeit (Vollstreckungsklausel) versehen sein.

(4) Forderungen von Trägern im Gebiet eines Vertragsstaats aus Beitragsrückständen haben bei der Zwangsvollstreckung sowie im Konkursverfahren im Gebiet des anderen Vertragsstaats die gleichen Vorrrechte wie entsprechende Forderungen im Gebiet dieses Vertragsstaats.

(5) Sonstige Forderungen im Sinne des Absatzes 1 sind auch die in Artikel 93 der Verordnung bezeichneten Ersatzansprüche.

#### **Artikel 11**

(1) Streitigkeiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten beigelegt.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht innerhalb von drei Monaten beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen eines Vertragsstaats einem Schiedsgericht zu unterbreiten, das wie folgt zu bilden ist:

- a) Jeder Vertragsstaat bestellt binnen einem Monat ab dem Empfang des Verlangens einer schiedsgerichtlichen Entscheidung einen Schiedsrichter. Die beiden so nominierten Schiedsrichter wählen innerhalb von zwei Monaten, nachdem der Vertragsstaat, der seinen Schiedsrichter zuletzt bestellt hat, dies notifiziert hat, einen Staatsangehörigen eines Drittstaats als dritten Schiedsrichter.

- b) Wenn ein Vertragsstaat innerhalb der festgesetzten Frist keinen Schiedsrichter bestellt hat, kann der andere Vertragsstaat den Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, oder für den Fall, daß dieser Staatsangehöriger eines der beiden Vertragsstaaten ist, den Vize-

präsidenten oder nächsten dienstältesten Richter, der nicht die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten hat, ersuchen, einen solchen zu bestellen. Entsprechend ist über Aufforderung eines Vertragsstaats vorzugehen, wenn sich die beiden Schiedsrichter über die Wahl des dritten Schiedsrichters nicht einigen können.

(3) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind für die beiden Vertragsstaaten bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten des Schiedsrichters, den er bestellt. Die übrigen Kosten des Schiedsverfahrens werden von den Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren selbst.

#### Abschnitt IV Übergangs- und Schlußbestimmungen

##### Artikel 12

Für die Feststellung und Neufeststellung von Leistungen nach diesem Abkommen gelten die Artikel 94 und 95 der Verordnung sowie die Artikel 118 und 119 der Durchführungsverordnung mit Inkrafttreten dieses Abkommens entsprechend.

##### Artikel 13

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

(3) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten schriftlich kündigen.

(4) Im Falle der Kündigung gelten die Bestimmungen dieses Abkommens für erworbene Ansprüche weiter.

##### Artikel 14

(1) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens treten mit Ausnahme der in Absatz 2 aufgeführten Bestimmungen das Abkommen vom 22. Dezember 1966 zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Soziale Sicherheit, das Erste Zusatzabkommen vom 10. April 1969, das Zweite Zusatzabkommen vom 29. März 1974 und das Dritte Zusatzabkommen vom 29. August 1980 außer Kraft.

(2) Die folgenden Bestimmungen bleiben weiterhin anwendbar:

- à) Artikel 3 Buchstabe a des in Absatz 1 genannten Abkommens in bezug auf Leistungen an Hinterbliebene, die außerhalb des Gebiets eines Staates wohnen, für den die Verordnung gilt, und zwar in Fällen, in denen die Leistungen am Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens bereits erbracht werden oder erbracht werden könnten;
- b) Artikel 4 Absatz 1 des in Absatz 1 genannten Abkommens in bezug auf die deutschen Rechtsvorschriften, nach denen Unfälle (Berufskrankheiten), die außerhalb des Gebiets der Bundesrepublik Deutschland eingetreten sind, sowie Zeiten, die außerhalb dieses Gebiets zurückgelegt werden, keinen Anspruch auf Leistungen begründen, beziehungsweise einem solchen Anspruch nur unter bestimmten Voraussetzungen begründen, wenn die Berechtigten außerhalb des Gebiets der Bundesrepublik Deutschland ihren Wohnsitz haben, und zwar in Fällen, in denen:
  - i) die Leistungen am Tag des Inkrafttretens der Verordnung im Verhältnis zwischen den beiden Vertragsstaaten bereits erbracht werden oder erbracht werden könnten;
  - ii) die betreffende Person vor Inkrafttreten der Verordnung im Verhältnis zwischen den beiden Vertragsstaaten ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Republik Österreich genommen hat und die Leistung aus der Renten- und Unfallversicherung innerhalb eines Jahrs ab Inkrafttreten der Verordnung im Verhältnis zwischen den beiden Vertragsstaaten beginnt; dies gilt auch für Zeiten eines weiteren Rentenbezugs einschließlich einer Hinterbliebenenrente, wenn sich die Rentenbezugszeiten ununterbrochen aneinander anschließen;
- c) Artikel 32 Absatz 2 des in Absatz 1 genannten Abkommens für nicht von der Verordnung erfaßte Personen, die bis zum Inkrafttreten des Abkommens Familienbeihilfe erhalten;
- d) Ziffer 3 Buchstabe c des Schlußprotokolls zu dem in Absatz 1 genannten Abkommen in Fällen, in denen Leistungen am Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens bereits erbracht werden oder erbracht werden könnten; dies gilt auch für Zeiten eines weiteren Rentenbezugs einschließlich

- einer Hinterbliebenenrente, wenn sich die Rentenbezugszeiten ununterbrochen aneinander anschließen;
- e) Ziffer 3 Buchstabe d des Schlußprotokolls zu dem in Absatz 1 genannten Abkommen;
  - f) Ziffer 3 Buchstabe e des Schlußprotokolls zu dem in Absatz 1 genannten Abkommen für österreichische Staatsangehörige, die außerhalb des Gebiets eines Staats wohnen, für den die Verordnung gilt, wenn sie von dem Recht zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung bereits vor dem Tag des Inkrafttretens der Verordnung im Verhältnis zwischen den beiden Vertragsstaaten Gebrauch gemacht haben;
  - g) Ziffer 19 Buchstabe b des Schlußprotokolls zu dem in Absatz 1 genannten Abkommen, wobei bei der Anwendung der Ziffer 3 Buchstabe c dieser Bestimmung der vom zuständigen Träger anzurechnende Betrag den Betrag nicht übersteigen darf, der auf die von ihm zu entschädigenden entsprechenden Zeiten entfällt;
  - h) Ziffer 20 Buchstabe a des Schlußprotokolls zu dem in Absatz 1 genannten Abkommen;
  - i) Ziffer 21 des Schlußprotokolls zu dem in Absatz 1 genannten Abkommen;
  - j) Artikel 2 des Ersten Zusatzabkommens vom 10. April 1969 zu dem in Absatz 1 genannten Abkommen.

(3) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens treten die Vereinbarung vom 22. Dezember 1966<sup>1)</sup> zur Durchführung des in Absatz 1 genannten Abkommens, die Erste Zusatzvereinbarung vom 10. April 1969 , die Zweite Zusatzvereinbarung vom 29. März 1974 und die Dritte Zusatzvereinbarung vom 29. August 1980 außer Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN ZU Wien, am 4. Oktober 1995 in zwei Urschriften.

Für die Republik Österreich:

Dr. Benita Ferrero-Waldner

Für die Bundesrepublik Deutschland:

Ursula Seiler-Albring

[TRANSLATION - TRADUCTION]

CONVENTION BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY ON SOCIAL SECURITY

The Republic of Austria and the Federal Republic of Germany,

Taking account of Article 8 of EEC Regulation No. 1408/71 in the field of social security and desiring to provide social protection, as between the two States, additional to the requirements of EEC Regulations No. 1408/71 and 574/72 for persons who enjoy or have enjoyed protection under the legislation of either or both States,

With a view to concluding a new Convention on social security to replace the Convention of 22 December 1966 as updated by the First Supplementary Convention of 10 April 1969, the Second Supplementary Convention of 29 March 1974, and the Third Supplementary Convention of 29 August 1980,

Have agreed as follows:

SECTION I. GENERAL PROVISIONS

*Article 1*

(1) For the purposes of this Convention:

1. "Regulation" means EEC Regulation No. 1408/71 of the Council on the application of social security schemes to employed and self-employed persons and members of their families moving within the Community, in the version applicable as between the two Contracting States;

2. "Implementing Regulation" means EEC Regulation No. 574/72 of the Council on the implementation of EEC Regulation No. 1408/71 on the application of social security schemes to employed and self-employed persons and members of their families moving within the Community, in the version applicable as between the two Contracting States.

(2) In this Convention other terms have the meaning attributed to them under the Regulation and the implementing Regulation, or under internal legislation.

*Article 2*

(1) This Convention shall apply to the legislation within the substantive scope of the Regulation, except for unemployment insurance.

(2) If, in addition to the conditions for applying this Convention, conditions are also met for applying another Convention, the German insurance authority shall disregard such other Convention when applying the present Convention.

(3) Paragraph 2 shall not apply if the law resulting for a Contracting State from inter-State treaties or followed in implementing them contains provisions for apportioning the burden of social insurance.

(4) This Convention shall not apply to child benefit under German law or interim holiday pay under Austrian law.

*Article 3*

(1) This Convention shall apply to persons within the personal scope of the Regulation.

(2) This Convention shall also apply to persons not within the personal scope of the Regulation

(a) To whom the legislation of one or both Contracting States applies or has applied; or

(b) Who are family members or surviving dependants of the persons referred to in subparagraph (a).

*Article 4*

(1) Nationals of a Contracting State living outside the territory of a State to which the Regulation applies shall be assimilated for the purpose of applying the law of the other Contracting State to nationals of that Contracting State.

(2) Paragraph 1 shall not affect the legislation of the two Contracting States concerning the insurance of persons employed in an official mission of one of the Contracting States in a State other than one to which the Regulation applies, or by members of such a mission.

(3) The provisions of the Regulation shall apply to the right of voluntary insurance under the German pension insurance scheme.

*Article 5*

(1) Unless otherwise provided in this Convention, the Regulation, the implementing Regulation and the agreements concluded for their implementation shall apply, mutatis mutandis, in relations between the two Contracting States to the persons specified in Article 3, paragraph 2.

(2) Articles 3 and 10 of the Regulation shall apply in respect of the persons referred to in Article 3, paragraph 2, only to nationals of the Contracting States, refugees and stateless persons, and the family members and surviving dependants of such persons.

(3) In respect of family benefits under Title III, Chapter 7, of the Regulation, paragraph 1 shall apply only to employees and self-employed persons.

(4) Paragraph 1 shall not apply to benefits under Title III, Chapter 8, of the Regulation.

## SECTION II. SPECIAL PROVISIONS

### *Article 6*

Family members of a border commuter may also receive benefits in kind under Article 20 of the Regulation in the territory of the competent State, in the same manner as the border commuter.

### *Article 7*

In cases in which the Contracting States, instead of refunding costs under Articles 93 to 96 of the Implementing Regulation, agree that refunds should take the form of a lump sum, or that none should be made, the competent authorities of the two Contracting States may agree as follows:

- (a) To designate the insurance authority of the place of residence as the competent insurance authority;
- (b) To take measures to avoid any exceptional burden that would arise for an insurance authority or for an intermediary from making a refund in the form of a lump sum, or from deciding that none should be made.

### *Article 8*

Title III, Chapter 3, of the Regulation shall apply, mutatis mutandis, to the persons referred to in Article 3, paragraphs 1 and 2, who are resident outside the territory of a State to which the Regulation applies, and to the persons referred to in Article 3, paragraph 2, who are resident in the territory of a State to which the Regulation applies, as regards

- (a) Child supplements to old age and invalidity pensions;
- (b) Orphans' pensions, except those under insurance for work-related accidents and occupational diseases:
  - Under the German insurance authority, on the basis that orphans' pensions shall be calculated exclusively under internal German legislation, having regard to Article 48 of the Regulation, and
  - Under the Austrian fund unconditionally.

## SECTION III. MISCELLANEOUS PROVISIONS

### *Article 9*

The Governments of the Contracting States, or the competent public authorities, may agree on the necessary administrative measures to implement the Convention.

*Article 10*

(1) Enforceable decisions of the courts, and enforceable orders and certified notices of arrears of the insurance or other authorities of a Contracting State concerning contributions and other claims under the social insurance scheme shall be recognized in the other Contracting State.

(2) Recognition may only be withheld if it would be contrary to public order (ordre public) in the Contracting State in which the decision or notice is to be recognized.

(3) Enforceable decisions and certified notices which have been recognized under paragraph 1 shall be executed in the other Contracting State. The execution procedure shall be governed by the law applicable to the execution of corresponding decisions and notices issued in the Contracting State in whose territory they are to be executed. The copy of the decision or notice must carry a confirmation that it is enforceable (the execution clause).

(4) Claims by insurance authorities in the territory of a Contracting State arising from arrears of contributions shall be given the same priority in enforcement and insolvency proceedings in the territory of the other Contracting State as corresponding claims in the territory of that Contracting State.

(5) Claims for damages under Article 93 of the Regulation shall be treated as other claims for the purposes of paragraph 1.

*Article 11*

(1) Disputes between the Contracting States concerning the interpretation or application of this Convention shall be settled as far as possible by the competent public authorities of the Contracting States.

(2) If a dispute cannot be settled in this manner within three months, it shall be submitted at the request of one of the Contracting States to an arbitral tribunal, which shall be constituted as follows:

(a) Each Contracting State shall, within one month of receiving the request for an arbitral decision, appoint one arbitrator. The two arbitrators thus nominated shall, within two months after the Contracting State last to appoint its arbitrator has given notice of its choice, select a national of a third State as the third arbitrator;

(b) If a Contracting State has not appointed an arbitrator within the prescribed time limit, the other Contracting State may request the President of the European Court of Human Rights, or if the President is a national of one of the Contracting States, the Vice-President or next most senior member of the Court who does not have the nationality of one of the Contracting States, to make the appointment. A similar procedure shall be followed, at the request of one of the Contracting States, if the two arbitrators are unable to agree on the choice of the third arbitrator.

(3) The decisions of the arbitral tribunal shall be by majority vote. Its decisions shall be binding upon both Contracting States. Each Contracting State shall defray the expenses of the arbitrator whom it appoints. The remaining costs of the arbitration procedure shall

be borne equally by the Contracting States. The arbitral tribunal shall adopt its own rules of procedure.

#### SECTION IV. TRANSITIONAL AND FINAL PROVISIONS

##### *Article 12*

For the purpose of determining and revising benefits under this Convention, Articles 94 and 95 of the Regulation and Articles 118 and 119 of the implementing Regulation shall apply mutatis mutandis from the entry into force of this Convention.

##### *Article 13*

(1) This Convention shall be ratified; the instruments of ratification shall be exchanged in Bonn as soon as possible.

(2) This Convention shall enter into force on the first day of the third month following the end of the month in which the instruments of ratification are exchanged.

(3) This Convention is concluded for an indefinite period. Either Contracting State may denounce it in writing, subject to three months notice.

(4) In the event of denunciation, the provisions of this Convention shall continue to apply to existing entitlements.

##### *Article 14*

(1) Upon entry into force of this Convention, the Convention of 22 December 1966 between the Republic of Austria and the Federal Republic of Germany on social security, with the exception of the provisions in paragraph 2, the First Supplementary Convention of 10 April 1969, the Second Supplementary Convention of 29 March 1974 and the Third Supplementary Convention of 29 August 1980, shall cease to have effect.

(2) The following provisions shall continue to apply:

(a) Article 3 (a) of the Convention referred to in paragraph 1 with respect to benefits payable to surviving dependants living outside the territory of a State to which the Regulation applies, where the benefits are already being paid or are payable on the date of entry into force of this Convention;

(b) Article 4, paragraph 1, of the Convention referred to in paragraph 1 with respect to German legislation whereby entitlement to benefit does not arise from accidents (occupational diseases) which have occurred outside the territory of the Federal Republic of Germany or from periods spent outside it, or arises only under certain conditions, if the beneficiaries reside outside the territory of the Federal Republic of Germany, where:

(i) The benefits have already been paid or have become payable on the date of entry into force of the Regulation between the two Contracting Parties;

(ii) The person concerned took up regular residence in the Republic of Austria before the Regulation entered into force in relations between the two Contracting States, and the payment of the benefit from the pension and accident insurance fund begins within one year of the entry into force of the Regulation in relations between the two Contracting States;

This also applies to periods in which the payment of pension continues, including payment of a survivor's pension, if the pension payment periods succeed one another without interruption;

(c) Article 32, paragraph 2, of the Convention referred to in paragraph 1, for persons not covered by the Regulation who have been receiving family allowances until the entry into force of the Convention;

(d) Paragraph 3 (c) of the Final Protocol to the Convention referred to in paragraph 1, in cases in which benefits have already been paid or have become payable on the date of entry into force of this Convention; this also applies to periods in which the payment of pension continues, including payment of a survivor's pension, if the periods of pension payment succeed one another without interruption;

(e) Paragraph 3 (d) of the Final Protocol to the Convention referred to in paragraph 1;

(f) Paragraph 3 (e) of the Final Protocol to the Convention referred to in paragraph 1, for Austrian nationals living outside the territory of a State to which the Regulation applies if they have exercised the right of voluntary insurance with the German pension fund before the date of entry into force of the Regulation as between the two Contracting States;

(g) Paragraph 19 (b) of the Final Protocol to the Convention referred to in paragraph 1, provided the contribution to be calculated by the competent insurance authority in applying paragraph 3 (c) of this provision does not exceed the sum due for the periods for which that authority is liable;

(h) Paragraph 20 (a) of the Final Protocol to the Convention referred to in paragraph 1;

(i) Paragraph 21 of the Final Protocol to the Convention referred to in paragraph 1;

(j) Article 2 of the First Supplementary Convention of 10 April 1969 to the Convention referred to in paragraph 1.

(3) Upon entry into force of this Convention, the Agreement of 22 December 1966 for the implementation of the Convention referred to in paragraph 1, the First Supplementary Agreement of 10 April 1969, the Second Supplementary Agreement of 29 March 1974 and the Third Supplementary Agreement of 29 August 1980 shall cease to have effect.

In witness whereof the plenipotentiaries of the two Contracting States have signed this Convention.

Done at Vienna, on 4 October 1995, in two original copies.

For the Republic of Austria:  
DR. BENITA FERRERO-WALDNER

For the Federal Republic of Germany:  
URSULA SEILER-ALBRING

[TRANSLATION - TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE  
FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE EN MATI RE DE SÉCURITÉ SOCIALE

La République d'Autriche  
et  
la République fédérale d'Allemagne,

Guidées par la volonté d'offrir une protection aux personnes qui sont, ou qui ont été, couvertes par la législation, et en prenant en considération l'Article 8 de l'Ordonnance (CEE) n° 1408/71 relative à la sécurité sociale entre les deux États et au-delà des Ordonnances (CEE) n° 1408/71 et n° 574/72,

Recherchant la conclusion d'un nouvel accord relatif à la sécurité sociale, qui doit remplacer l'Accord du 22 décembre 1966 relatif à la sécurité sociale dans sa version du Premier Accord complémentaire du 10 avril 1969, du Deuxième Accord complémentaire du 29 mars 1974 et du Troisième Accord complémentaire du 29 août 1980,

Sont convenues de ce qui suit :

*SECTION I. DISPOSITIONS GÉNÉRALES*

*Article premier*

1. Dans le présent Accord, les termes suivants ont la signification indiquée ci-après :

1) "Ordonnance"

l'Ordonnance (CEE) n° 1408/71 du Conseil sur l'application des régimes de sécurité sociale aux salariés et aux indépendants, ainsi qu'aux membres de leurs familles, qui s'expatrient au sein de la Communauté, et ce, dans la version dont la validité est reconnue entre les deux États contractants;

2) "Ordonnance d'application"

l'Ordonnance (CEE) n° 1408/71 du Conseil sur l'utilisation des régimes de sécurité sociale aux salariés et aux travailleurs indépendants, ainsi qu'aux membres de leurs familles, qui s'expatrient au sein de la Communauté, et ce, dans la version dont la validité est reconnue entre les deux États contractants.

2. Dans le présent Accord, d'autres termes ont la signification qui leur est conférée par l'Ordonnance et l'Ordonnance d'application, ou bien par les législations nationales.

*Article 2*

1. Le présent Accord est applicable aux dispositions légales qui relèvent du champ d'application de l'Ordonnance portant sur les aspects matériels, à l'exception de l'assurance chômage.
2. Au cas où les conditions seraient réunies non seulement pour l'application du présent Accord, mais également pour l'application d'un autre accord d'assureur allemand, quand il applique le présent Accord, ne prend pas en considération l'autre accord.
3. Le paragraphe 2 du présent article n'est pas applicable dans la mesure où des dispositions légales découlant d'accords multilatéraux, ou servant à leur application, contiennent des stipulations portant sur la répartition des sommes d'assurance.
4. Le présent Accord ne porte ni sur les allocations pour l'éducation contenues dans la législation allemande, ni sur les allocations de congé parental contenues dans la législation autrichienne.

*Article 3*

1. Le présent Accord est applicable aux personnes concernées par l'Ordonnance qui porte sur les personnes.
2. Par ailleurs, le présent Accord est applicable aux personnes qui ne sont pas concernées par l'Ordonnance et
  - a) Qui sont, ou qui ont été visées par la législation de l'un ou des deux États contractants; ou
  - b) Qui sont des proches ou des descendants des personnes mentionnées à l'alinéa a).

*Article 4*

1. Les ressortissants de l'une des Parties contractantes, qui résident à l'extérieur d'un État auquel l'Ordonnance est applicable, sont traités, lorsque la législation du premier État est appliquée, comme les ressortissants dudit État.
2. Les stipulations contenues dans le paragraphe 1 ne concernent pas les réglementations légales des deux États contractants, relatives à l'assurance des personnes qui sont employées par une représentation officielle de l'un des deux États contractants, située dans un État auquel l'Ordonnance n'est pas applicable, ou par les membres d'une telle représentation.
3. En ce qui concerne le droit de s'assurer volontairement auprès de la caisse des retraites allemande, ce sont les dispositions de l'Ordonnance qui font foi.

*Article 5*

1. Sauf si le présent Accord contient des dispositions différentes, les États contractants appliquent dans leurs relations mutuelles et de manière adéquate l'Ordonnance, l'Ordon-

nance d'application et les accommodements afférents à cette application aux personnes mentionnées au paragraphe 2 de l'article 3.

2. En ce qui concerne les personnes mentionnées au paragraphe 2 de l'article 3, les articles 3 et 10 de l'Ordonnance ne s'appliquent qu'aux ressortissants des États contractants, aux réfugiés et aux apatrides, ainsi qu'aux proches et aux parents survivants de ces personnes.

3. En ce qui concerne les prestations familiales mentionnées dans le chapitre 7 de la Section III de l'Ordonnance, le paragraphe 1 ne s'applique qu'aux salariés et aux travailleurs indépendants.

4. Le paragraphe 1 ne s'applique pas aux prestations mentionnées dans le chapitre 8 de la Section III de l'Ordonnance.

## *SECTION II. DISPOSITIONS PARTICULIÈRES*

### *Article 6*

À l'instar des personnes traversant régulièrement la frontière, les membres de la famille de ces personnes peuvent aussi bénéficier, et de la même façon, sur le territoire de l'État compétent, des prestations mentionnées dans l'article 20 de l'Ordonnance.

### *Article 7*

Dans les cas où les États contractants sont convenus d'un remboursement basé sur des sommes fixes ou sur un renoncement à ce dernier plutôt que d'appliquer le remboursement stipulé par les articles 93 à 96 de l'Ordonnance, les autorités compétentes des deux États contractants peuvent convenir de :

- a) La désignation de l'assureur situé sur le lieu de résidence comme assureur incompetent;
- b) De mesures pour éviter des charges exceptionnelles qui viseraient un assureur ou un service de liaison et résulteraient d'un remboursement basé sur un montant forfaitaire ou d'un renoncement à un remboursement.

### *Article 8*

En ce qui concerne les personnes citées dans les paragraphes 1 et 2 de l'article 3 et dont la résidence n'est pas située sur le territoire d'un État auquel s'applique l'Ordonnance, ainsi que les personnes citées dans le paragraphe 2 de l'article 3, dont la résidence est située sur le territoire d'un État auquel s'applique l'Ordonnance, et dans les cas :

- a) Des allocations familiales ajoutées aux pensions d'invalidité et de retraite,
- b) Des rentes pour orphelins, à l'exception des rentes pour orphelins résultant d'accidents du travail et de maladies professionnelles,

-- Le chapitre 3 de la Section III de l'Ordonnance est appliqué de manière correspondante à l'assureur allemand, étant entendu que pour le calcul de la pension d'orphelin, seules seront prises en considération les dispositions du droit national allemand, compte tenu de l'article 48 de l'Ordonnance;

-- Le chapitre 3 de la Section III de l'Ordonnance est appliqué de manière correspondante à l'assureur autrichien.

### *SECTION III. AUTRES DISPOSITIONS*

#### *Article 9*

Les Gouvernements des États contractants, ou les autorités compétentes, peuvent convenir des mesures administratives nécessaires à l'application du présent Accord.

#### *Article 10*

1. Les décisions exécutoires des tribunaux, ainsi que les avis et les rappels de paiement exécutoires (les pièces) émanant des assureurs ou des autorités de l'un des États contractants et concernant des primes de contribution, ainsi que d'autres réclamations résultant du secteur de la sécurité sociale, sont reconnues par l'autre État contractant.

2. La reconnaissance ne peut être refusée que dans les cas où elle contreviendrait à la législation générale de l'État contractant où la décision ou la pièce devrait être reconnue.

3. Les décisions et les pièces officielles exécutoires, reconnues aux termes du paragraphe I, sont appliquées dans l'autre État contractant. La procédure d'application est conforme, sur le territoire sur lequel l'application doit avoir lieu, à la législation en vigueur dans cet État contractant et portant sur l'application des décisions et pièces correspondantes. L'exemplaire de la décision ou de la pièce doit être muni de la confirmation de son application (clause d'application).

4. Les réclamations qui émanent des assureurs installés dans l'un des États contractants et portant sur des arriérés des primes de contribution bénéficient, lors de procédures de liquidation ou de faillite effectuées dans l'autre État contractant, des mêmes prérogatives que les réclamations correspondantes déposées sur le territoire de ce dernier.

5. Les réclamations subsidiaires mentionnées à l'article 93 de l'Ordonnance figurent parmi les autres réclamations mentionnées au paragraphe 1 du présent article.

#### *Article 11*

I. Dans la mesure du possible, les litiges entre les États contractants relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent Accord sont réglés par les autorités compétentes des États contractants.

2. Si un litige ne peut pas être réglé de cette manière dans un délai de trois mois, il est soumis, à la demande de l'un des États contractants, à un tribunal d'arbitrage qui doit être composé de la façon suivante :

a) Chacun des États contractants désigne un arbitre, en respectant un délai d'un mois à partir de la date de réception de la demande d'une décision arbitrale. Les deux arbitres ainsi désignés sélectionnent le ressortissant d'un troisième État comme troisième arbitre, en respectant un délai de deux mois à partir de la date où l'État contractant qui a désigné en dernier son arbitre, en a fait part au moyen d'une notification.

b) Lorsque l'un des États contractants n'a pas désigné un arbitre dans le délai convenu, l'autre État contractant peut demander au Président de la Cour européenne des Droits de l'homme ou, au cas où ce dernier serait ressortissant de l'un des deux États contractants, au Vice-Président ou juge qui a la plus grande ancienneté et qui n'est ressortissant d'aucun des deux États contractants, de procéder à la nomination nécessaire. À la demande de l'un des États contractants, il faut procéder de la même manière si les deux arbitres désignés ne peuvent pas s'accorder sur le choix d'un troisième arbitre.

3. Le tribunal d'arbitrage décide à la majorité des voix. Ses décisions sont contraignantes pour les deux États contractants. Chaque État contractant assume les frais afférents à l'arbitre qu'il a désigné. Les autres frais de la procédure d'arbitrage sont partagés équitablement. Le tribunal d'arbitrage réglemente lui-même la procédure.

#### *SECTION IV. DISPOSITIONS TRANSITOIRES ET FINALES*

##### *Article 12*

Dès l'entrée en vigueur du présent Accord, les articles 94 et 95 de l'Ordonnance, ainsi que les articles 118 et 119 de l'Ordonnance d'application, sont applicables pour définir ou redéfinir les prestations selon le présent Accord.

##### *Article 13*

1. Le présent Accord doit faire l'objet d'une ratification, les instruments de ratification étant échangés le plus rapidement possible à Bonn.

2. Le présent Accord entre en vigueur le premier jour du troisième mois qui suit le mois au cours duquel les instruments de ratification sont échangés.

3. Le présent Accord est conclu pour une durée illimitée. Chacun des États contractants peut le dénoncer par écrit en respectant un délai de trois mois.

4. En cas de dénonciation, les dispositions du présent Accord restent applicables en ce qui concerne les droits acquis.

##### *Article 14*

1. L'entrée en vigueur du présent Accord rend caducs, à l'exception des dispositions énumérées au paragraphe 2 du présent article, l'Accord entre la République d'Autriche et la République fédérale d'Allemagne relatif à la sécurité sociale, signé le 22 décembre 1966, l'Accord additionnel à l'Accord susmentionné, signé le 10 avril 1969, le Deuxième Accord

additionnel à l'Accord susmentionné, signé le 29 mars 1974, et le Troisième Accord additionnel à l'Accord susmentionné, signé le 29 août 1980.

2. Les dispositions énumérées ci-après restent applicables :

a) L'alinéa a) de l'article 3 de l'Accord mentionné au paragraphe 1 du présent article concernant les prestations accordées aux parents survivants qui ne résident pas sur le territoire d'un État auquel l'Ordonnance est applicable, et ceci dans les cas où les prestations sont déjà accordées ou pourraient l'être;

b) Quand les ayants droit résident à l'extérieur de la République fédérale d'Allemagne, l'article 4 de l'Accord mentionné au paragraphe 1 du présent article concernant les lois et règlements allemands selon lesquels des accidents (maladies du travail), qui sont survenus en dehors du territoire de la République fédérale d'Allemagne, ainsi que les périodes vécues hors de la République fédérale d'Allemagne ne constituent pas la base d'un droit aux prestations, ou ne le constituent que sous certaines conditions, et cela dans les cas où :

i) Les prestations sont déjà accordées, ou pourraient l'être, le jour de l'entrée en vigueur de l'Ordonnance;

ii) La personne concernée a établi sa résidence habituelle sur le territoire de la République d'Autriche et que la prestation de l'assurance vieillesse et comme les accidents est accordée dans un délai d'un an après l'entrée en vigueur de l'Ordonnance entre les deux États contractants;

Ceci s'applique également aux périodes d'assurance d'une autre rente y compris la rente aux parents survivants lorsque les périodes sur lesquelles se basent les versements sont ininterrompues;

c) Le paragraphe 2 de l'article 32 de l'Accord mentionné au paragraphe 1 du présent article concernant les prestations accordées pour les personnes qui ne sont pas concernées par l'Ordonnance et qui perçoivent une allocation familiale jusqu'à l'entrée en vigueur de l'Ordonnance;

d) L'alinéa c) du point 3 du Protocole final de l'Accord mentionné au paragraphe 1 du présent article, dans les cas où les prestations sont déjà accordées, ou pourraient l'être, le jour de l'entrée en vigueur; ceci s'applique également aux périodes d'assurance d'une autre rente y compris la rente aux parents survivants lorsque les périodes sur lesquelles se basent les versements sont ininterrompues;

e) L'alinéa d) du point 3 du Protocole final de l'Accord mentionné au paragraphe 1;

f) L'alinéa e) du point 3 du Protocole final de l'Accord mentionné au paragraphe 1, pour les ressortissants autrichiens résidant sur le territoire d'un État auquel l'Ordonnance ne s'applique pas, quand ils ont déjà joui de leur droit de s'assurer volontairement auprès de la Caisse allemande des retraites avant le jour de l'entrée en vigueur de l'Ordonnance entre les deux États contractants;

g) L'alinéa b) du point 19 du Protocole final de l'Accord mentionné au paragraphe 1, et dans les cas où l'alinéa c) du point 3 de l'Ordonnance est appliqué, la somme créditee par l'assureur compétent ne doit pas être supérieure à la somme constituée des périodes d'assurance que ledit assureur doit dédommager;

h) L'alinéa a) du point 20 du Protocole final de l'Accord mentionné au paragraphe 1;

i) Le point 21 du Protocole final de l'Accord mentionné au paragraphe 1;

j) L'article 2 de l'Accord additionnel, conclu le 10 avril 1969, à l'Accord mentionné au paragraphe 1.

3. L'entrée en vigueur du présent Accord rend caducs la Convention du 22 décembre 1966 portant sur l'application de l'Accord mentionné au paragraphe 1 du présent article, l'Accord additionnel à l'Accord susmentionné, signé le 10 avril 1969, le Deuxième Accord additionnel à l'Accord susmentionné, signé le 29 mars 1974, et le Troisième Accord additionnel à l'Accord susmentionné, signé le 29 août 1980.

En foi de quoi, les représentants plénipotentiaires des deux États contractants ont signé le présent Accord.

Fait à Vienne le 4 octobre 1995 en deux exemplaires originaux.

Pour la République d'Autriche :

DR BENITA FERRERO-WALDNER

Pour la République Fédérale d'Allemagne :

URSULA SEILER-ALBRING